



Nr. 312. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewoldt.

Montag, den 8. Juli 1878.

Zum schlesischen Gewerbetag.

Gestern Abend hat in der neuen Börse die Vorversammlung einer Verbindung von Männern getagt, denen wir nicht versäumen wollen, ein Wort des Grusses und der Sympathie seitens der liberalen Presse anzurufen.

Wie vor fünfzig Jahren der „Breslauer Gewerbeverein“ aus der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur hervorging, — ein Ereignis, dessen Jubiläum vor wenigen Stunden durch die Eröffnung der schlesischen Kunstgewerbeausstellung in würdigster Weise gefeiert worden ist, — so hat der Breslauer Gewerbeverein wiederum, vor nunmehr fünfzehn Jahren, den schlesischen Centralgewerbeverein ins Leben gerufen, der heute in unserer Stadt seine ordentliche Jahressammlung abhält und dessen Berathungen von unseren wärmsten Glückwünschen begleitet werden.

Als der Breslauer Gewerbeverein den Anstoß zur Bildung des Central-Gewerbevereins gab, ließ er sich von einer Erwögung leiten, die heute bei den „neuen“ Parteien ganz außer Guss gekommen zu sein scheint: er meinte, daß alle öffentlichen, auf das Interesse der Allgemeinheit und nicht auf die Herstellung eines Eiquemwesens berechtigten Bestrebungen, am besten durch die Vereinigung verwandter Kräfte gefördert werde. Dem Breslauer Gewerbeverein ist es zu danken, daß die gewerblichen Vereinsbestrebungen Schlesiens in den hinter uns liegenden, social und politisch so bewegten Jahren sich nicht zerstört haben; nächst dem aber auch dem Geist der Mäßigung und Versöhnlichkeit unter den verbundenen Vereinen und Corporationen, die sich dem Nathan'schen Spruch zur Richtschnur nahmen:

„Es darf das Eine nicht das Andere mästeln;“

„Es muß der Knorpel den Knubben hübsch vertragen;“

„Es soll Ein Fischelchen sich nicht vermeinen;“

Dah es allein der Erde nicht entsprossen!

Zwei Dinge sind es, durch die sich der Centralgewerbeverein während seiner bisherigen Wirksamkeit die wesentlichsten Verdienste um unser heimathliche Provinz und deren Gewerbestand erworben hat. Wir wollen sie kurz hervorheben.

Die Gründung des Centralgewerbevereins fiel der Zeit nach ungefähr zusammen mit dem Anfang der Realisierung der liberaleren wirtschaftlichen Anschauungen in Bezug auf die Gesetzgebung auch bei uns in Deutschland. Während die Gewerbe- und die Zugfreiheit, die Befreiung der zünftischen Zwangs- und Bannrechte, die Freigabe des Rechtes zur gewerblichen Niederlassung Errungenschaften sind, deren sich die Belgier, Engländer, Franzosen und Amerikaner schon längst erfreuen, sind wir Deutsche bei der Zuteilung dieser Rechte und Freiheiten erst ganz spät an die Reihe gekommen, und eben diesem Umstände, daß freisinnige Wirtschaftsgesetze uns so lange vorenthalten blieben, um dann mit der Gewalt eines aufgestauten Bergstroms sich über uns zu ergießen, dürfte es zuzuschreiben sein, daß die neuen Gesetze mancherlei Schwierigkeiten und Conflicte schufen, die zum Theil heute noch nicht behoben sind. Bei dieser Sachlage, deren Vorhandensein nur die Parteidenschaft uns abstreiten jeder ruhige Beobachter der historischen Entwicklung aber zugeben wird, — war es für Schlesiens Gewerbetreibende von größter Wichtigkeit, daß durch den Central-Gewerbeverein die neue Gesetzgebung prinzipiell erörtert und alljährlich vom Gewerbelage aus eine Fülle von neuen Anschauungen in Bezug auf die eingetretenen oder bevorstehenden Reformen den Einzelvereinen zugeführt wurde.

Auch heute fährt der Centralgewerbeverein rüstig fort, die bestehenden Gesetzgebungs- und Verwaltungs-Einrichtungen, welche den Gewerbestand angehen, zu erläutern und zu kritisieren. Zahlreiche Anträge und Petitionen sind von dem Verbande, dem im verflossenen Geschäftsjahr 39 Gewerbevereine, 6 Handwerkervereine, 3 Handelskammern und 8 andere Corporationen angehören, bereits ausgegangen; der Schwerpunkt seiner Thätigkeit lag aber immer in der Aufklärung, die er über die gewerblichen Kreise der ganzen Provinz verbreitete. Es wäre ungerecht, wollten wir in dieser Beziehung nicht ganz besonders eines Mannes dankbar gedenken, der viele Jahre lang als Präsident an der Spitze des Breslauer und des Schlesischen Centralgewerbe-Vereins gestanden hat und der durch den reichen Schatz seiner Erfahrungen und seines Wissens, sowie durch die Willke seines Uriheils und das Gewinnende seiner Persönlichkeit der beste Anwalt und Berater der schlesischen Gewerbevereine war: — unseres verstorbenen Oberberghauptmanns von Carnall!

Dies ist das eine wesentliche Verdienst des Centralgewerbevereins: die Förderung der Ausbildung der Gewerbetreibenden über den Geist der Gesetzgebung und über ihre wahren Interessen. Das andere besteht in der praktischen Agitation des Vereins für die Errichtung von gewerblichen Fortbildungsschulen in allen Theilen der Provinz. — Wenn die vorgestern feierlich eröffnete Jubiläums-Ausstellung auch ein recht erfreuliches Zeugnis dafür liefert, daß unser Kunsthandwerk in den letzten Jahren Fortschritte gemacht hat, so kann doch nur die Kürschnerschule erkennen, daß es noch sehr viel nachzuholen giebt. Die Fortbildungsschule bietet dazu die beste Gelegenheit.

So möge denn der schlesische Centralgewerbeverein, begleitet von der dauernden Theilnahme der Interessenten, gefördert durch das Wohlwollen der Behörden, fortfahren, seinem edelen und guten Ziele zuwider zu treten. Wir wünschen seinen Arbeiten das beste Gedächtnis!

Deutschland.

Berlin, 6. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser hat den Landgerichtsrath Ernst Bomhard zu Meß in gleicher Eigenschaft an das Landgericht in Straßburg versetzt.

Se. Majestät der König hat dem Clemens v. Bassewitz zu Liebenow im Kreise Landsberg a. W. die Kammerjunker-Würde verliehen.

Se. Majestät der König hat dem seitlicheren Kreis-Physicus und Medi-

zinrat Dr. Gustav Wilhelm Ferdinand Voigt zu Magdeburg zum Re-

gierungs- und Medizinalrat; und den Oberlehrer am Gymnasium zu

Treptow a. d. Rega, Erich Haupt, zum ordentlichen Professor in der theo-

logischen Fakultät der Universität zu Kiel ernannt; sowie dem Regierungs-

Secretär Radtke zu Posen den Charakter als Rechnungsrat; und dem

Kreis-Secretär Börsenstell in Ahrensburg den Charakter als Kanzleirath ver-

liehen.

Die von den Notabeln des Handelsstandes aus dem Bezirk des Handels-

gerichts in Straßburg getroffenen Wahlen des Kaufmanns Carl Gottfried

Schömerer in Straßburg zum Präsidenten, sowie des Kaufmanns Ludwig

Berger, des Architekten Eugen Petzli und des Kaufmanns Ernst Jacob

Kaple, des Kaufmanns Leo Carl Ungemach, des Directors Marie Lud-

wig Valenius und des Kaufmanns Paul Emmerich, sämtlich in

Straßburg, zu Ergänzungsräten bei dem Handelsgericht dafelbst, haben die kaiserliche Bestätigung erhalten.

Der Regierungs- und Medicinal-Rath Dr. Voigt ist der königlichen Regierung zu Magdeburg überwiesen worden. Der bisherige Gymnasial-Lehrer und commissarische Kreis-Schulinspector Dr. Rudolf Bräfator in Abyni ist zum Kreis-Schulinspector im Regierungsbezirk Oppeln; der praktische Arzt n. Dr. Wyne zu Ascheberg, mit Anweisung des Wohnsitzes in der Kreisstadt, zum Kreis-Physicus des Kreises Lüdinghausen, und der Arzt Dr. Gleitsmann, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Jacobshagen, zum Kreis-Wundarzt des Kreises Saatzig ernannt worden.

Dem Kreisgerichts-Rath v. Baissen in Swinemünde ist die Funktion des Dirigenten der Gerichtsdeputation dafelbst und dem Kreisgerichts-Rath Gleim in Rostburg a. d. Fulda die Funktion des Abtheilungs-Direktors bei dem Kreisgericht dafelbst übertragen. Besetzt sind: der Ober-Amtsrichter Kind in Steinbach-Hallenberg als Kreisgerichts-Rath an das Kreisgericht in Röthenbach a. d. Fulda, der Kreisgerichts-Rath Löwe in Krappitz an das Kreisgericht in Thorn, der Amtsrichter Burghardt in Niederaula an das Amtsgericht in Homberg. — Der Bureau-Hilfsarbeiter Hollefer ist als expedienter Secretär und Calculator beim kaiserlichen Gesundheits-Amt angestellt worden.

Berlin, 6. Juli. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] ertheilte heute den beiden hier anwesenden armenischen Erzbischöfen die nachgesuchte Audienz.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag im Neuen Palais bei Potsdam den Vortrag des Wirklichen Geheimen Raths v. Wilmowitz entgegen, empfing demnächst Se. Durchlaucht den Erbprinzen zu Schaumburg-Lippe und lehrte um 4½ Uhr nach Berlin zurück. Hier stellte Höchstselbst Se. Königliche Hoheit dem Prinzen Georg einen Besuch ab und empfing gegen 4½ Uhr Se. Durchlaucht den Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt. Heute gegen Mittag nahm Se. Kaiserliche Hoheit die persönlichen Meldungen des commandirenden Generals des III. Armee-Corps, Generals der Infanterie v. Schwarzhoff, sowie des mit der Führung des Pommerschen Dragoner-Regiments Nr. 11 beauftragten Majors, Freiherrn v. Trotske, entgegen, arbeite hierauf mit dem Chef des Militärcabinateis, General-Major v. Albedyll, und begab sich um 3½ Uhr nach Potsdam. (Reichs-Anz.)

= Berlin, 7. Juli. [Vom Congresse.] Der schwierigste Punkt der Congrehaufgaben und Verhandlungen, die Batum-Frage, ist entgegen anderweitigen Mitteilungen, noch keineswegs zum vollen Abschluß gelangt. Im Prinzip ist die Frage entschieden; insofern man von allen Seiten erklärt hat, man wolle um dieser Frage Willen keines der bisher erzielten Resultate irgend wie erschüttern lassen, es müsse sich ein Ausweg finden, um unter Beschaffung geeigneter Bürgschaften allen Forderungen gerecht zu werden. Es ist den Darstellungen Russlands gelungen, dem Congreß die Überzeugung zu verschaffen, daß es seinerseits die ihm von England gemachten Zugeständnisse nicht aufgeben könne, ohne gleichzeitig seine eigenen materiellen Interessen, eine wichtige Garantie für den europäischen Frieden und für seinen Nationalstolz zu opfern. Die dagegen versuchten Einsprüche müssen doch nicht stichhaltig gewesen sein, denn der Congreß beschloß, daß Batum den Russen zufallen sollte, jedoch unter der Bedingung, die vorhandenen Festungswerke zu schleifen, neue nicht wieder aufzuführen und Batum zu einem Freihafen für Handelsflaggen zu erklären, Kriegsflaggen dagegen auszuschließen. In dieser Richtung hin bleibt noch eine Reihe einzelner Punkte zu erledigen. Diese werden wohl noch vor dem Schlus des Congresses zum Austrag gebracht werden, so daß die Batumfrage wenigstens voll und ganz zum Abschluß gelangen kann. Russland hat damit einen weiteren Erfolg erlangt, obschon derselbe ja hinter seinen ursprünglichen Forderungen zurückbleiben ist. Man tritt sich indessen vollständig, wenn man annimmt, daß der Kaiser von Russland sich durch etwaige Reciproctionen beeilt fühle; es wird im Gegenh von unerreichbaren Personen versichert, der Kaiser habe den Vertrag von St. Stefano als einen zu weit gehenden angesehen und sei durch Vorstellungen solcher Rathgeber seiner Krone, die nicht mit den auswärtigen Politik betraut sind, überzeugt worden, wie nöthig der Friede sei, nicht wegen Schwächung der Armee, sondern wegen der inneren Aufgaben Russlands durch die seit Jahren angebaute Entwicklung des erhöhten Verkehrs durch Anlage von Eisenbahnen, kurz durch Abdahung der Mittel und Wege einer ausgebildeten Verwertung der russischen Produkte. Dem Rath dieser Minister ist es zu zuzuschreiben, wenn man eine friedliche Politik obstiegen will und wenn man den Slawophylen ganz energisch und correct das Russenthum mit seinen bestimmt vorgeschriebenen Interessen gegenüber stellt. Hat sich nun Graf Schuwaloff zum Träger dieser eminent russischen Politik gemacht, so darf man deshalb doch nicht annehmen, daß er der direkte Nachfolger des Fürsten Goritschoff werden wird. Man sagt uns, daß die Neigungen des Grafen nicht darin gipfeln, das Portefeuille des Auswärtigen seines Landes zu erlangen. Gleichwohl wird seine hervorragende Thätigkeit in dem Congreß gerade zu Gunsten der Politik, welcher sie diente, die Aufmerksamkeit zuerst auf seinen Namen lenken, wenn es sich darum handelt den vacanten Posten seines Leiters des auswärtigen Amts in Russland zu besetzen, zumal da dem Grafen Schuwaloff in Berlin wie in London ein besonderes Vertrauen entgegengetragen wird. — Eine ganz offene Frage ist und bleibt die griechische; sie hängt lediglich von der Zustimmung der Türkei ab und soll in ihren Einzelheiten durch eine Commission geregelt werden, welche nach dem Congreß überhaupt die Grenzregulirung durchzuführen haben wird. Auf diesem Wege soll auch erst eine Festsetzung über den Bestz von Janina erfolgen. Vorläufig beobachtet die türkischen Bevollmächtigten eine gänzlich zurückhaltende Position, indem sie erklären, ohne Instructionen zu sein. — Hente gegen Mittag sandt beim Fürsten Bismarck eine Vorbesprechung statt, bei welcher von Seiten Englands der Marquis von Salisbury und Lord Odo Russel, von Seiten Russlands Graf Schuwaloff und Herr von Dubril Thell nahmen.

■ Berlin, 7. Juli. [Vom Congreß.] — Batum und Israelt. — Rumänen und Griechen. — Polnische Memoranda.] Nachdem mit der über das Schicksal Batums erzielten Übereinkunft das drohende Gewölk verschwunden ist, darf der Congreß wieder der Hoffnung leben, am Donnerstag seine Thätigkeit beschließen zu können. Entscheidend war zuletzt, wie auch Fürst Bismarck dem „Times“-Correspondenten gegenüber andeutete, die Frage, ob Kaiser Alexander in die Schließung der Festigungen von Batum willigen werde. Selm Ja hat indecis bereits am Freitag der Oberst Nicolowski

dem Fürsten Goritschoff überbracht. Auf der anderen Seite haben auch die Engländer, die trotz der Abmachungen zwischen Schuwaloff und Salisbury Batum den Russen nicht ausliefern wollten, eine bedeutende Nachgiebigkeit gezeigt, die man vielleicht innerhalb der conservativen Partei des Londoner Parlaments nicht ganz verstehen und würdigen wird.

Von den geschleiften Festungswerken wird man darunterstellen, daß Russland sie im Nothfalle bald genug wieder aufrichten kann, und die Thatstache, daß der Hafen von Batum vom Congreß zum „Freihafen“ erklärt ist, dürfte sich schwerlich kräftig genug erweisen, die russischen Kriegsschiffe fern zu halten. Durch die schwierigen Niederlagen, welche Lord Beaconsfield sowohl in der Frage von Sofia, als jetzt in der von Batum erlitten hat, kann seine Stelle seiner Partei gegenüber leicht so erschüttert sein, daß die Gerüchte zur Wahrschheit werden dürfen, welche davon sprechen, daß die englische Premier wolle sich ins Privatleben zurückziehen, sobald er dem Parlamente Rechenschaft über den Erfolg des Congresses gegeben hat. — Die Nachricht von der Abdankung des Fürsten Carl von Rumänien wird nur für verfrüht, nicht für absolut grundlos erklärt. Das ist bezeichnend für die herrschende Auffassung von dem schwierigen Stande, welchen die rumänische Regierung nach den Beschlüssen des Congresses dem eigenen Lande gegenüber einnehmen wird.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag im Neuen Palais bei Potsdam den Vortrag des Wirklichen Geheimen Raths v. Wilmowitz entgegen, empfing demnächst Se. Durchlaucht den Erbprinzen zu Schaumburg-Lippe und lehrte um 4½ Uhr nach Berlin zurück. Hier stellte Höchstselbst Se. Königliche Hoheit dem Prinzen Georg einen Besuch ab und empfing gegen 4½ Uhr Se. Durchlaucht den Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt. Heute gegen Mittag nahm Se. Kaiserliche Hoheit die persönlichen Meldungen des commandirenden Generals des III. Armee-Corps, Generals der Infanterie v. Schwarzhoff, sowie des mit der Führung des Pommerschen Dragoner-Regiments Nr. 11 beauftragten Majors, Freiherrn v. Trotske, entgegen, arbeite hierauf mit dem Chef des Militärcabinateis, General-Major v. Albedyll, und begab sich um 3½ Uhr nach Potsdam. (Reichs-Anz.)

= Berlin, 7. Juli. [Vom Congreß.] Der schwierigste Punkt der Congrehaufgaben und Verhandlungen, die Batum-Frage, ist entgegen anderweitigen Mitteilungen, noch keineswegs zum vollen Abschluß gelangt. Im Prinzip ist die Frage entschieden; insofern man von allen Seiten erklärt hat, man wolle um dieser Frage Willen keines der bisher erzielten Resultate irgend wie erschüttern lassen, es müsse sich ein Ausweg finden, um unter Beschaffung geeigneter Bürgschaften allen Forderungen gerecht zu werden. Es ist den Darstellungen Russlands gelungen, dem Congreß die Überzeugung zu verschaffen, daß es seinerseits die ihm von England gemachten Zugeständnisse nicht aufgeben könne, ohne gleichzeitig seine eigenen materiellen Interessen, eine wichtige Garantie für den europäischen Frieden und für seinen Nationalstolz zu opfern. Die dagegen versuchten Einsprüche müssen doch nicht stichhaltig gewesen sein, denn der Congreß beschloß, daß Batum den Russen zufallen sollte, jedoch unter der Bedingung, die vorhandenen Festungswerke zu schleifen, neue nicht wieder aufzuführen und Batum zu einem Freihafen für Handelsflaggen zu erklären, Kriegsflaggen dagegen auszuschließen. In dieser Richtung hin bleibt noch eine Reihe einzelner Punkte zu erledigen. Diese werden wohl noch vor dem Schlus des Congresses zum Austrag gebracht werden, so daß die Batumfrage wenigstens voll und ganz zum Abschluß gelangen kann. Russland hat damit einen weiteren Erfolg erlangt, obschon derselbe ja hinter seinen ursprünglichen Forderungen zurückbleiben ist. Man tritt sich indessen vollständig, wenn man annimmt, daß der Kaiser von Russland sich durch etwaige Reciproctionen beeilt fühle; es wird im Gegenh von unerreichbaren Personen versichert, der Kaiser habe den Vertrag von St. Stefano als einen zu weit gehenden angesehen und sei durch Vorstellungen solcher Rathgeber seiner Krone, die nicht mit den auswärtigen Politik betraut sind, überzeugt worden, wie nöthig der Friede sei, nicht wegen Schwächung der Armee, sondern wegen der inneren Aufgaben Russlands durch die seit Jahren angebaute Entwicklung des erhöhten Verkehrs durch Anlage von Eisenbahnen, kurz durch Abdahung der Mittel und Wege einer ausgebildeten Verwertung der russischen Produkte. Dem Rath dieser Minister ist es zu zuzuschreiben, wenn man eine friedliche Politik obstiegen will und wenn man den Slawophylen ganz energisch und correct das Russenthum mit seinen bestimmt vorgeschriebenen Interessen gegenüber stellt. Hat sich nun Graf Schuwaloff zum Träger dieser eminent russischen Politik gemacht, so darf man deshalb doch nicht annehmen, daß er der direkte Nachfolger des Fürsten Goritschoff werden wird. Man sagt uns, daß die Neigungen des Grafen nicht darin gipfeln, das Portefeuille des Auswärtigen seines Landes zu erlangen. Gleichwohl wird seine hervorragende Thätigkeit in dem Congreß gerade zu Gunsten der Politik, welcher sie diente, die Aufmerksamkeit zuerst auf seinen Namen lenken, wenn es sich darum handelt den vacanten Posten seines Leiters des auswärtigen Amts in Russland zu besetzen, zumal da dem Grafen Schuwaloff in Berlin wie in London ein besonderes Vertrauen entgegengetragen wird. — Eine ganz offene Frage ist und bleibt die griechische; sie hängt lediglich von der Zustimmung der Türkei ab und soll in ihren Einzelheiten durch eine Commission geregelt werden, welche nach dem Congreß überhaupt die Grenzregulirung durchzuführen haben wird. Auf diesem Wege soll auch erst eine Festsetzung über den Bestz von Janina erfolgen. Vorläufig beobachtet die türkischen Bevollmächtigten eine gänzlich zurückhaltende Position, indem sie erklären, ohne Instructionen zu sein. — Hente gegen Mittag sandt beim Fürsten Bismarck eine Vorbesprechung statt, bei welcher von Seiten Englands der Marquis von Salisbury und Lord Odo Russel, von Seiten Russlands Graf Schuwaloff und Herr von Dubril Thell nahmen.

[Der Kronprinz] schreibt die „B. M.“, zeigt in der Erfüllung der ihm übertragenden Stellvertretung einen Eifer und eine Unermüdblichkeit, die den zur Ausführung bestimmten Persönlichkeiten oft ein leidiges Seufzen entlockt. Vom frühen Morgen bis in die tiefe Nacht ist er thätig, und seine Geistesfrische und Thatkraftigkeit sind nach gethaner Arbeit womöglich noch reicher, als vor Beginn derselben. Dabei sind die zum Wollzuge seiner Entscheidungen und Befehle bestimmten Organe voll Eobes über die rasche Art, mit der sich der Thronerbe in die Geschäfte gefunden hat, und den sicherer Blick, mit dem die Dinge ergriffen. Der Kaiser sieht den Kronprinzen täglich und bespricht geschäftliche, namentlich militärische Angelegenheiten mit ihm.

[Der Kautschuk-Paragraph.] Man theilt dem „B. M.“ mit, daß die in dem preußischen Ministerium in der Ausarbeitung begriffene Novelle zum Strafgesetzbuche wiederum jenen berühmten „Kautschuk-Paragraphen“ im Prinzip, wenn auch wohl in etwas modifizierter Fassung, enthalten wird, dessen fast einstimmige Ablehnung der Reichstag bei der vor einigen Jahren ihm vorgelegten Strafgesetzmöglichkeit bestand. Es handelt sich belanglos in dem Paragraphen, um die weitgehende Bestimmung, daß

der Familie, Ehe, Eigenthum &c. angreift, mit verhältnismäßig hoher Strafe bedroht wird.

[Eisenbahnverkehr am Wahltag.] Im Interesse der Erleichterung der Theilnahme an den für den 30. Juli d. J. festgesetzten Wahlen zum Reichstage hat der Handelsminister die Eisenbahndirectionen aufgefordert, zu untersuchen, in wie fern die zur Zeit bestehenden Verbindungen für den Personenverkehr nach Zahl, Zeitlage &c. ausreichend sind, um den außerhalb der Wahlorte wohnenden Wählern die rechtzeitige Erreichung des Wahllokales und die Rückkehr von da in bequemer Weise zu ermöglichen. Ueber das Bedürfnis und die Art der in dieser Hinsicht zu treffenden Maßnahmen, sowie über etwaige aus den Wahlkreisen eingegebene bezügliche Anträge werden sich die Eisenbahndirectionen mit den Regierungen ins Vernehmen setzen, um das Erforderliche rechtzeitig zu veranlassen. Soweit es sich als erforderlich erweisen sollte, sollen insbesondere auch für den Wahltag auf einzelnen Bahnhöfen Extra-Personenzüge eingesetzt oder ausnahmsweise Güterzüge für Personenbeförderung benutzt werden. Für die entsprechende Bekanntmachung der angeordneten Verkehrs erleichterungen wird Sorge getragen werden.

[Unsere deutschen Matsats] glauben auch heute noch, daß liberale Bürgermänner einführen können, ein Mittel, welches aber hoffentlich den entgegengesetzten Zweck erreichen wird. „Nichts als Furcht“ nimmt die „Berl. Gr. Pr.“ in der Bourgeoisie wahr. Sie fährt dann fort: „Im Grunde genommen, ein Schauplatz für Götter“ ist die liberale Bourgeoisie verdeckt sich in ihrer Angst hinter die preußisch-deutschen Befehlschauben und hinter die Bismarck'schen Kürassier-Stiefeln, die reaktionäre Regierung aber hinter die Bourgeoisie gesetzgebung. Die Helden können sich gegenseitig nichts vorwerfen. Da wir nun aber keine Götter sind und uns dies Schäufeln, wenn auch ergötzt, so doch vorläufig gar nichts nützt, so kann es uns nur darauf ankommen, die herrschende Furcht vor dem Socialismus noch zu vermehren — auf Liebe haben wir nach den in jüngster Zeit gemachten Erfahrungen doch nicht zu rechnen — und zwar dadurch die Furcht zu vermehren, daß wir am 30. Juli zeigen, daß trotz der tosenden Stürme unserer Partei nicht steht und zittert, daß das arbeitende Volk in Deutschland auch jetzt noch hochhält die Fahne der Freiheit und Menschenliebe.

[Zum Passzwange in Berlin.] Ueber die in der Sitzung des Berliner Magistrats vom Sonnabend ausgesprochenen Bedenken gegen die gesetzliche Vereinfachung einer Ausweisung von Reichsangehörigen aus Berlin, welche sich nicht im Besitz der durch die Passverordnung vorgeschriebenen Pässe befinden, erfährt die „Volks-Zeitung“ des Nährers, daß sich diese Bedenken hauptsächlich auf das Freizügigkeitsgesetz vom 1. November 1867 gründen. Nach § 1 dieses Gesetzes, welches durch die Reichsverfassung vom Jahre 1871 auf das Deutsche Reich übergegangen ist, hat jeder Reichsangehörige das Recht, innerhalb des Bundesgebietes an jedem Orte sich aufzuhalten oder niederzulassen, und § 10 desselben Gesetzes bestimmt im Anschluß daran, daß die Vorchristen über die Anmeldung der Neuankommenden den Landesgesetzen mit der Makaze vorbehalten bleiben, daß die unterlassene Meldung nur mit einer Polizeistrafe, niemals aber mit dem Verlust des Aufenthaltsrechts geahndet werden darf. Da nun die Passverordnung für Berlin neben der gewöhnlichen polizeilichen Amtshandlung Fremde und Neuankommender die Legitimierung derselben durch die von den Heimathabenden ausgestellten Pässe vorschreibt, so kann die Nichtbeirührung eines Passes nicht die Ausweisung zur Folge haben, welche nach § 10 &c. nicht erfolgen darf selbst wenn die Anmeldung bei der Polizei vollständig unterlassen ist. Nach dem Freizügigkeitsgesetz, welches durch die kaiserliche Verordnung vom 26. Juni 1878 nicht berührt ist, würde ein Fremder, der hierher ohne Reisepass kommt, in irgend einer anderen Weise als Reichsangehöriger sich legitimieren müssen und wegen Zu widerhandlung der Passverordnung einer von der Polizei feststellenden Geldstrafe verfallen, welche nach bestimmten Fristen für die nachträgliche Erbringung des Passes stetig erhöht werden kann, bis der Betroffene entweder den Pass vertheidigt oder freiwillig aus Berlin sich entfernt. In polizeilicher Weise wegen ermangelnden Passes würde er nur dann genommen werden können, wenn besondere Verdachtgründe einer Gemeingefährlichkeit des betreffenden Fremden vorliegen. Im legeren Falle würde ihn aber auch der Besitz eines Passes vor der Verhaftung nicht schützen. — Uebrigens ist in dem vom Minister des Innern dem Entwurf einer Polizeiverordnung angesetzten Begleitschreiben, wie wir hergehoben wollen, nichts Ausdrückliches von einer Ausweisung Reichsangehöriger aus Berlin gesagt. Die Fassung des ministeriellen Begleitschreibens bei der Befreiung der Maßnahmen gegen Personen, die nicht durch Pässe sich legitimieren können, läßt nur die Annahme zu, daß eine Ausweisung derselben in den Bereich der Erwähnungen gezojen worden.

[Deutschconservative Fraktionsspolitik.] Die „N.-L. G.“ schreibt: Während sonst von der Regierungssseite her immer noch so gehan wird, als richte sich der Wahlkampf in erster Linie gegen die Socialdemokraten, die es zunächst bei den Wahlen selbst aus dem Reichstage zu verdrängen und dann im Reichstage gesetzgeberisch einzuziehen gelte, ist in dem Falle des Wahlkreises Elberfeld-Barmen festgestellt, daß die freiconservativen Anhänger der Regierung dort den Bund gebrochen haben, der es vor anderthalb Jahren ermöglichte, diesen besonders ausgesetzten Sitze der socialdemokratischen Partei wieder zu entreißen. Gegen Herrn Prell, einem von ihnen selbst früher ausgetretenen, örtlich wohlverdienten Mann, führen sie den dort wenig bekannten Professor Aegidi ins Feld, der sich nach anfänglichem Schwanken denn auch durch seine Freunde zur Annahme der Candidatur hat bereit lassen lassen. Die Folge kann nur zu leicht sein, daß eine Menge Leute unter diesen Umständen an der dort stets so schwierigen Übereinstimmung des socialdemokratischen Kandidaten verzweifeln und der Wahlkreis abermals an die Feinde des Staats und der Gesellschaft verloren geht. Eine von der „Post“ versuchte Beschönigung dieses Vorgehens braucht nur wiedergegeben zu werden, um in ihrer ganzen lächerlichen Nichtigkeit dazustehen: weil nämlich früher einmal die Nationalliberalen den Freiconservativen ihren Mann haben durchsetzen helfen müssen sie es jetzt wieder ihm, oder an ihnen liegt die Schuld! In dem Augenblick, da dies im Wupperthale sich begiebt, glaubt die (gegenwärtig offenbar mehr freiconservative als nationalliberale) „Elberfelder Zeitung“ Eindruck zu machen mit einer offensiven Darlegung, die den Nationalliberalen für ihre ältere Vergangenheit einige Anerkennung widersahen läßt und über die Gründe der Auflösung des Reichstags eine von der „Carlsruher Zeitung“ schon berichtigte fromme Lobsart vorbringt. Es handelt sich aber jetzt doch nicht um geschichtliche Urtheile, sondern um Gegenwart und Zukunft. Jener Fall ist leider auch nicht der einzige mehr, in welchem den jeweiligen begütigenden Worten freiconservativer Organe — wir haben ja freilich auch schon sehr böse aus ihnen hervoschallen hören — die entscheidenden Handlungen gräßlich widersprechen. In der Provinz Sachsen machen sie es gerade so. Die Nationalliberalen haben sich dort im Kreise Aschersleben entschlossen, den freiconservativen Amtsraat Diese zu unterstützen, der ohne sie wohl schwerlich durchdränge. Zum Lohne soll im Wanzleber Wahlkreis einem so gemäßigten Nationalliberalen wie Herrn v. Benda in der Person des Herrn Siengel oder des Grafen Winzingerode — darüber schweben anscheinend die Verhandlungen noch — ein freiconservativer Mitbewerber entgegengestellt werden. Und weshalb, weil, wie man ausspricht, der Reichskanzler auf Befragen auch dieses vieljährige angesehene Mitglied unserer Parlamente als der „Tyrann Easkers“ verfallen bezeichnet habe!

[Das Socialistengesetz.] Die „H. N.“ schreiben: Eine der vornehmsten unter den heute von conservativer Seite gegen den Liberalismus erhobenen Anklagen macht es ihm zum Verbrechen, daß er durch Ablehnung des in Folge des Hödel'schen Attentats am Schlus der letzten Reichstags-Session von der Regierung eingebrauchten Socialistengesetzes die Schulfrage, daß der Nobiling'sche Mordversuch nicht verbündet worden sei. Ja einzelne Heißsporne, welche das Bedürfnis fühlen, ihre conservative Logik besonders leuchten zu lassen, haben kein Bedenken gefunden, daraus eine ausdrückliche positive Verantwortlichkeit der liberalen Parteien für dieses Verbrechen zu konstruiren und sie kurzweg als moralisch Missludige derselben hinzustellen. Ihre Anklage irgendwie ernsthaft zu begründen, fällt diesen Herren freilich nicht ein. Das Socialistengesetz ist abgelehnt worden; etwa acht Tage darauf hat das Nobiling'sche Attentat stattgefunden; folglich hat nur jene Ablehnung dasselbe möglich gemacht oder gar direct herborgerufen! Auf diese Schlussfolgerung bestärkt sich die ganze Begründung, und so wenig es ihr an edler Dreistigkeit fehlt, so würde sie wenigstens

eingeräumt berechtigt doch nur dann sein, wenn sich nachzuweisen ließe, daß das von der Regierung vorgelegte Gesetz das Vermögen beseitigt habe, dem Vorkommen von Verbrechen à la Nobiling nicht nur im Allgemeinen entgegenzuhalten, sondern namentlich auch schon unmittelbar durch sein Inkrafttreten dieselben zu verhindern. Indessen ist ein derartiger Nachweis auch nicht einmal versucht worden. Es würde auch nur vergebens versucht werden. In wie weit von dem Gesetz eine den Gefahren der Socialdemokratie ernsthaft wehrende Wirkung überhaupt zu erwarten gewesen, darüber mag es ja allerdings verschiedene Ansichten geben, und die Meinung, daß es die Mittel gelassen hätte, diese Gefahr nach der einen oder der andern Seite hin einzuschränken, das eine und andere Argument sehr wohl für sich geltend machen können. Standen andererseits jedoch der Überzeugung, welche die liberalen Parteien zu seiner Ablehnung bestimmte, daß es in letzter Instanz die vorhandenen Uebel vielmehr gerade nur zu steigern drohe, unstreitig sehr gewichtige Gründe zur Seite und ließ die Erwähnung sich durchaus nicht von der Hand weisen, daß wenn man der Socialdemokratie den Boden des gemeinen Rechts verspreche, man dadurch der fanatischen Erregung gegen die bestehenden Zustände in ihr nur neue Nabrunz zuführen und den Quell des Verbrechens statt zu verstopfen weit eher erweitern dürfte, so handele es sich bestensfalls um ein Gesetz von mindestens sehr zweifelhaftem Werthe, und war eine Garantie für den angestrebten Zweck durch dasselbe in keiner Weise gegeben. Nur noch zweifelloser aber ist, daß auch, wenn es die Bürgschaften, die es nicht bot, geboten hätte, es doch unter allen Umständen dem Nobiling'schen Verbrechen gegenüber vollkommen nutzlos gewesen wäre und sein bloßes Inkrafttreten nie und nimmer mehr vermocht hätte, dasselbe noch hintanzubauen. Der Wahnsinn der socialdemokratischen Idee hatte an dem lädierten Gehirn des armseligen Wichts längst sein Werk vollbracht, ehe an das Socialistengesetz auch nur gedacht worden war und nicht erst die socialdemokratischen Pressezeugnisse oder die socialdemokratischen Versammlungen der letzten 8 Tage vor seinem Verbrechen, welche auf Grund dieses Gesetzes sich etwa hätten unterdrücken lassen, haben ihn in jene Wahnsinnshypothese versetzt, die ihm die Mordwaffe gegen die geheiligte Person der Majestät in die Hand drückte. Noch mehr als an einem Buben wie Hödel hat an einem Nobiling der ganze verwilderte und zerstörende Einfluß der socialistischen Phantasie sich bewährt; immerhin war gerade gegenüber ihm und den in ihm längst aus sicheren Ideen gewordenen Beweggründen des Verbrechens die Annahme des Socialisten-Gesetzes ebenso ohnmächtig, ihnen noch zu steuern, als in seiner Ablehnung irgend ein Moment lag, welches sie erst hätte erzeugen oder auch nur noch fördern können. Inzwischen hat das ablehnende Votum der liberalen Parteien noch nachträglich eine Rechtfertigung erfahren, wie sie kaum bernerwendwerther sein kann. Schon die Schlußrede, mit welcher die letzte Reichstagssession geschlossen wurde, bezeugte, daß man in den Kreisen der Reichsregierung in diesem Votum durchaus nicht das Verbrechen sah, zu welchem die conservative Partei es heute gern stampfen möchte. In berücksichtiger Weise wurde dem Reichstag der ausdrückliche Dant der verhinderten Regierungen für seine Thätigkeit ausgesprochen. Auch wohl im conservativen Lager aber wird man nicht annehmen wollen, daß die verhinderten Regierungen in dieser Weise sich hätten äußern können, wenn sie geglaubt hätten, dem Reichstag aus seinem Verhalten zu dem Socialistengesetz einen ersten Vorwurf machen zu müssen. Noch mehr jedoch. Das fragliche Gesetz wird von der Reichsregierung jetzt fallen gelassen. Stattdessen hat sie einen neuen Entwurf ausgearbeitet sich entschlossen und wenn derselbe nach dem, was man hört, auch weit entfernt ist, allen Bedenken nachzugeben, welche auf liberaler Seite zur Verwerfung des alten Entwurfs zusammenwirken, so ist doch klar, wie wohlberechtigt der Liberalismus war, da zu einer gründlichen Umarbeitung im Reichstag die Zeit nicht vergönnt war, eine Vorlage abzuweisen, die heute ihre eigenen Urheber nicht mehr aufrecht zu halten sich in der Lage seien.

[Gleiches Recht für Alle.] Von männigfachem Interesse ist das heute durch den „Staats-Anzeiger“ mitgetheilte Erkenntniß des Obertribunals, welches letztere ein Urteil des Tribunals zu Königsberg (so heißt dort das Appellgericht nach einer alten Benennung) verhängt hat, mit welchem eine Bestimmung des veralteten Gesetzes vom 23. Juli 1847 über die Verhältnisse der Juden zur Annahme bringen gewollt, ohne bedacht zu haben, daß abgesehen von allen übrigen Nebenumständen Reichsgesetze den Landesgesetzen vorgehen. Es handelt sich dabei um die Annahme eines ausländischen jüdischen Lehrlings durch einen Bäckermeister, welcher die in jenem Gesetz noch vorgeschriebene Genehmigung der Regierung dazu nicht eingehalten hatte.

[Flugblätter.] Am Sonntag sind seitens des Centralcomites der nationalen liberalen Partei drei Flugblätter zur Verbreitung gelangt. Das erste „Zu den Wahlen“ beschäftigt sich mit der Frage, ob die Auflösung des Reichstages nothwendig war, um der Regierung die gegen die Socialdemokratie erforderlichen Vollmachten zu verschaffen. Das eigene Verhalten der Regierung rechtfertigte glänzend jene Aussaßung der Liberalen, welche die frühere Vorlage verwarf und sich bereits erläutert haben im Herbst einen gereisten und besser abgeschafften Entwurf zu prüfen. Gerade durch die Auflösung habe die Regierung anerkannt, daß sie selbst unter den durch den zweiten Mordfall aufgedachten Verhältnissen noch drei Monate ohne besondere Vollmachten auskommen könnte. Im Volle habe man nach dem zweiten Attentat die sofortige Verurteilung des Reichstages erwartet, damit er außerordentliche Vollmachten gewähre. Die nationalliberale Partei hätte dazu, wie ihr Aufruf beweist, die Hand geboten. Die Regierung wollte aber den Versuch gar nicht machen, weil es ihr darauf anlief, zu anderen Zwecken die Liberalen vor dem Lande anzuladen. „Dem Reichskanzler, so scheint es, ist alle Selbstständigkeit seiner Mitarbeiter sowohl im Reichstag als anderwärts unbequem. In längerer Behandlung der Steuerfrage (verfassungsmäßige oder gesetzliche Garantien oder — keine neuen Steuern?) und der Zollfrage endigt das Blatt in dem Appell an die Wähler, Liberalen zu wählen; dann würden sie sorgen, für die entschiedene Unterdrückung der socialdemokratischen Agitation; zugleich für die Bewahrung des Volks von Hunderten von Millionen neuer Steuern, unter denen sich auch ein das Brod vertreibender Zoll auf das Gezeide befinden könnte, und für eine selbstständige Volksvertretung, welche die Regierung in allen Kälen, dem öffentlichen Wohl dienenden Absichten unterstützt, zu unklaren Projecten und gefährlichen Unternehmungen aber ein entschiedenes Nein spricht. Blatt II.: „Wo hinaus?“ und Blatt III.: „Sind die national-liberalen Abgeordneten auf den Namen Bismarck gewählt? sind kürzer gehalten und behandeln die Frage, ob Männer von freifinnigen Grundzügen, unabhängigem Sinn und treuer Hingabe an das wahre Interesse des Landes oder legitimen Instrumenten des Willens der Regierung, die zu Allem, was die Regierung will, Ja oder Amen sagen, gewählt werden sollen.

[Volkssbildung und Socialdemokratie.] Die „H. N.“ schreiben: Wenn wir nach dem Hödel'schen Attentat namentlich auch auf die Notwendigkeit hinwiesen, daß, was in der socialdemokratischen Bewegung geistiger Art, mit geistigen Waffen zu bekämpfen, so wurde in Folge des Nobiling'schen Verbrechens zunächst in sehr natürlichen, hoch geistigeren Entrüstung zu lebhaft nach dem Einschreiten mit geistigen Mitteln der Unterdrückung gerufen, als daß es angemessen gewesen wäre, solche Mahnungen damals bald zu wiederholen. Indes allmälig überzeugt man sich doch auch jetzt wieder, daß die Mittel der Gewalt, welche der Staat oder einzelne Kreise der Gesellschaft zur Unterdrückung der socialdemokratischen Ausschreitungen anzuwenden vermögen, in ihrer Wirkungsfähigkeit begrenzt sind. Soweit es sich um die künstliche, bewußte Verführung der unteren Volksklassen, um die äußerliche Hineintragung der Verlockungen des Socialismus in dieselben handelt, wird unweigerlich die Staatsgewalt in der nächsten Reichstagsession die nöthigen Gegenmittel ergreifen. Aber darüber hinaus bleibt die Aufgabe bestehen, was von geistiger Macht im Socialismus ist, mit geistigen Waffen zu bekämpfen. Auch jetzt wird man sich nicht der Überzeugung verschließen können, daß nicht Alles in den Wirkungen der socialdemokratischen Agitation lediglich oder verbrecherisch ist, daß hier sehr vielfach auch Irrthum und zwar solcher Irrthum im Spiele ist, welcher aus nicht verächtlichen Beweisen herkommt. Auf der einen Seite handelt es sich dabei um die zu allen Zeiten und in allen Ländern, nur immer in verschiedenen Formen, unbestimmt sich geltend machende Hoffnung der Mühseligen und Beladenen, auf irgend eine Weise zu besseren Lebensverhältnissen gelangen zu können. Die Ausbeutung solcher Hoffnungen durch die gewöhnliche socialdemokratische Agitation kann und soll durch äußere Mittel verhindert werden; die inneren Grüne aber, auf welchen sie beruhen, und die geistigen Wirkungen derselben kann man auf die Weise nicht befeitigen. Aber noch ein anderer Punkt kommt hier in Betracht. Es ist unleugbar, daß die Grundsätze des Socialismus teilweise auch in Kreisen Anfang gefunden haben, welche nicht durch geistige Lebensverhältnisse vorbereitet sind. Namentlich kommt hier die Jugend in Betracht. Es wirkt bei uns noch aus früheren Zeiten des politischen Lebens die Tradition nach, daß es bei der Bevölkerung mit dem Staat nicht auf die praktische Erledigung einzelner concreter Fragen ankomme, auf die praktische Vertheidigung einzelner Bedürfnisse der Gesamtheit, sondern daß es sich dabei um das Streben nach irgend einem entfernten Ideal handeln müsse. Da die früheren Ideale unserer Politik aber, wenn nicht vollständig erschöpft, doch so weit in die Wirklichkeit übergeführt sind, daß sie die Bedeutung von Idealen so ziemlich verloren haben

— da wir den Nationalstaat erreicht und eine Mitwirkung des Volkes bei der Leitung seiner Geschichte errungen haben —, so fallen diejenigen Kreise der Bedürftiger, welche eines politischen Ideals bedürfen, mehr oder weniger den Vorstiegeln des Socialismus anheim. — Den Irthümern, welche hier zu Grunde liegen, durch Verbreitung volkswirtschaftlicher Erkenntniß entgegenzutreten, ist eine Aufgabe, welche der Staat nicht lösen kann, sondern welche der freien Selbstständigkeit der Nation gestellt ist. Es kommt darauf an, den ungünstig situierten Volksklassen, welche von der Socialdemokratie die Verbesserung ihrer gesamten Existenz erwarten, klar zu machen, daß die Verwirklichung der socialdemokratischen Lehren ihnen in Wahrheit keine Befreiung aus den Zuständen verleiht, über welche sie sich beklagen; und es kommt darauf an, den Idealisten begreiflich zu machen, daß sie die socialdemokratische Lehre in Wahrheit kein Ideal, sondern daß sie ein Irrtum ist. Es ist sehr wohl möglich, solche Ausklärung zu schaffen durch Verbreitung von Einsicht in die Grundbedingungen der wirtschaftlichen Produktion und der Verteilung der Güter; es ist sehr wohl möglich, in populärer Form klar zu machen, daß mit jenen Grundbedingungen alle die Voraussetzungen unvereinbar sind, auf denen der socialistische Gutuntersatz beruht. Die Aufgabe ist vielleicht nicht leicht, aber sie ist zu lösen; sie fällt in das Bereich derjenigen Zwecke, für welche bald nach dem deutsch-französischen Kriege die deutsche Volksbildungsgesellschaft gegründet wurde. Damals machte sich die Überzeugung geltend, daß die Art und Weise, wie sie in den, in den fünfzig Jahren begründeten Vereinen betrieben wurde, vielfachen Nutzen gezeitigt; sie hat furchtbare Keime verbreitet, Anregung zum selbständigen Weiterlernen gegeben; aber auch die Gefahr einer Verwirrung der Köpfe war damit verbunden, die Gefahr, daß viele Leute auf Grund höchst unzureichender Bekanntschafft mit den wichtigsten Problemen der Wissenschaft sich einbilden, diejenen zu verstehen und zu beherrschen, daß man vielleicht durch das Nachdenken von den verschiedensten Schülern sich geistig den Magen verderben möge, daß der Hunger nach wirklicher Kenntniß gestillt wurde. Als die Volksbildungsgesellschaft gegründet wurde, stellten ihre Leiter sich die Aufgabe, eine concretre Art von Volksbildung zu unternehmen. Die Mittel, welche dazu angewandt wurden, sind in den verschiedenen Gegenden Deutschlands verschieden gewesen; im Allgemeinen aber wird man von der früheren Art und Weise darin ab, daß man weniger Gewicht auf die unzulänglichen Voraussetzungen der jungen Gelehrten gelegt. Man ließ z.B. eine Reihe zusammenhängender Vorträge über ein bestimmtes wissenschaftliches Fach halten, um so nicht blos unbestimmte Anregung, sondern eine reelle Bekannschafft mit den Unterrichtsgegenständen zu verbreiten; man richtete wirkliche Lebcurse in einzelnen Disciplinen ein u. s. w. Jetzt, so scheint uns, erfordert das Bedürfnis der Gegenwart, auf dem damals betretenen Wege vom Allgemeinen zum Besonderen noch einen Schritt weiter zu gehen, noch bestimmter zu Bildungsmitteln zu greifen, welche unmittelbar auf einen bestimmten Zweck berechnet sind. Dieser Zweck ist die Verbreitung volkswirtschaftlicher Bildung beaufsichtigt Belämpfung socialdemokratischer Irrlehren. Der Mittel werden sich gewiß vielerlei vorschlagen lassen; eines der wichtigsten ist jedenfalls — wir kommen immer wieder darauf zurück — die massenhafte und unentgeltliche Verbreitung von blättern ähnlich abgefaßter Schriften.

[Prozeß Hödel.] Hödel hat zwar selbst während der Voruntersuchung bis jetzt nicht zugestanden, daß er das Attentat gegen den Kaiser vorher geplant habe; außer dem Zeugnis des Photographen jedoch, von welchem eine Woche vor dem Attentat Hödel sich unter den bekanntesten verdächtigen Beweisungen hatte photographieren lassen, haben sich, wie nachträglich bekannt wird, glaubwürdige Zeugen gemeldet, aus deren Aussagen sich klar ergiebt, daß Hödel den Mord vorbereitet habe. Man wird sich erinnern, daß sich mehrere Personen einige Tage nach dem Attentat bei dem Untersuchungsrichter gemeldet hatten, welche aussagten, daß Hödel etwa zwei Stunden vor dem Attentat auf einer Bank Unter den Linden neben ihnen gesessen und mehrere Leutungen vor ihm gehabt habe, welche das planmäßige Handeln Hödels bewiesen. Hödel, vor dem Untersuchungsrichter geschildert, mit diesen Personen zusammen und überhaupt während der von den Zeugen angegebenen Zeit Unter den Linden gewesen zu sein. Er hatte sich während der letzten Stunden vor seiner unseligen Handlung im Tiergarten aufgehalten. Der Untersuchungsrichter legte den Aussagen jener Zeugen keinen Wert bei, da sie einander widersprachen und im Ganzen eine große Unstetigkeit an den Tag legten. Den Recherchen der Polizeibeamten, besonders aber in Folge der Veröffentlichung der geschilderten Episode in den Berliner Zeitungen, gelang es, festzustellen, daß allerdings in der fraglichen Zeit im Tiergarten ein aufgeblieben habe. Denn es meldeten sich mehrere Personen, durch die Erklärung Hödels, daß er im Tiergarten gewesen, aufmerksam gemacht, bei dem Untersuchungsrichter und gaben zu Protokoll, daß ein der Hödel'schen Photographie sehr ähnlicher Mensch etwa 1½ Stunden vor dem Attentat im Tiergarten, an einem näher bezeichneten Ort, einem Andern gegenüber in einer von uns nicht wiederzugebenden cyrillischen Weise ausgesprochen habe, nach einigen Stunden werde der Kaiser nicht mehr existieren. War habe den Kaiser als Ziel nicht ausdrücklich genannt, aber so klar bezeichnet, daß nunmehr gar kein Zweifel über die Beziehung jener Äußerung auf den Kaiser besteht. Hödel wurde hierauf diesen Zeugen vorgesetzt und von ihnen einstimmig als identisch mit der von ihnen bezeichneten Person anerkannt. — Ob der Vertheidiger, welchen sich Hödel erwählt hat, nämlich der Rechtsanwalt Freitag zu Leipzig, dem Wunsche derselben entsprechen wird, ist noch nicht bestimmt.

Über die ersten verantwortlichen Vernehmungen Nobiling's will das „Berl. Tagebl.“, daß sich jedoch in den Attentatsgeschichten keineswegs als zuverlässige Quelle bewährt hat, folgendes erfahren haben: Diese Erhebungen fanden am Mittwoch, Donnerstag und Freitag in der von ihm bewohnten Gefängniszelle des Stadtvoigte durch den Untersuchungsrichter Herrn Stadtgerichtsrath Johl in Gegenwart des Hrn. Stadtgerichts-Präsidenten Krüger und des Herrn Staatsanwalts Lessendorff stattgefunden. Bevor zu den beiden geschilderten Zeugen, der Arzte, der Geb. Rath Prof. Dr. Lewin und dem Medicinalrath Dr. Wolff und der Sanitätsrath Dr. Lewin den Zustand ihres Patienten sorgfältig untersucht und waren dieselben dahin übereingekommen, daß kurze, die Dauer von täglich 2 Stunden nicht überschreitende Vernehmungen innerhalb von vier Tagen zulässig seien. Nobiling gab über seine Person und seine Familienverhältnisse die weitgehendste Auskunft; er nannte alle seine Familien-Mitglieder und erklärte sich nach eindringlichen Vorstellungen bereit, die Wahrheit zu sagen, um sich dereinst der Wille seiner Richter zu empfehlen. Am Tage des Attentates hatte er bekanntlich bei seiner Vernehmung ausgesagt, daß er seiner Partei angehörige Mithilfende besitzt und sie zu schaden auch keine Veranlassung habe, dennoch aber wollte er sie nicht nennen. Auf dieses Geständnis hin war der ganze Apparat unserer Criminal-Polizei in Ermittlung gesetzt worden, um die Mithilfenden zu ermitteln. Dies ist jedoch bisher ohne wesentliche Resultate gewesen. Einzelne der Verhafteten waren im Verdacht stehen, von der meuchelmörderischen Absicht des Dr. Nobiling vorher Kenntniß gehabt zu haben, aber sie mußten wegen Mangels an hinreichenden Beweisen ihrer Haft wieder entlassen werden. Die noch nicht bekannten Mithilfenden zu ermitteln, darin lag der Schwerpunkt der ersten Vernehmungen. Mit Bezug auf die dahin gehenden Fragen erklärte nunmehr Nobiling: „Ich habe die That allerdings allein ausgeführt und mir zu dem Verhaf die Waffen selbst in Stand gesetzt. Von Anfang an war es meine

△ Mainz, 5. Juli. [Candidat der Ultramontanen.] Die Ultramontanen des Wahlkreises Mainz-Oppenheim haben in einer heute Mittag hier abgehaltenen Versammlung beschlossen, den Dom-Capitular Dr. Moufang wieder zum Candidaten für den Reichstag aufzustellen. Da die Sozialdemokraten Liebknecht aufgestellt haben und die Demokraten auch einen eigenen Candidaten ausspielen, so werden die liberalen große Mühe haben, den Mann ihres Vertrauens durchzubringen.

München, 5. Juli. [Zur bayerischen Bischofsfrage.] Die Nachricht von der Besetzung des Bistums Würzburg durch den Landtagsabgeordneten Domcapitular Dr. Anton Schmid wird der Abwechselung halber jetzt wieder dementirt. Weder sei an ihn gedacht worden, noch würde er die Ernennung angenommen haben. Eine Version des hiesigen Correspondenzbureau bezeichnet als Ursache jener Ablehnung die „Bescheidenheit“ des Dr. Anton Schmid. Bestenfalls ein sonderbarer Styl.

Straßburg, 4. Juli. [Dem Landesausschuss.] welcher am 8. Juli zusammenmitte, werden, wie bereits gemeldet, fünf Entwürfe zur Beratung vorgelegt werden, über eine Kreisordnung, eine Bebauordnung, über die Unterhaltung und Verwaltung der öffentlichen höheren Schulen, der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz und eines Erneuerungsgesetzes. Mit ihren Motiven sind diese Entwürfe bereits seit einiger Zeit der Öffentlichkeit übergeben worden. Im Unterschiede von dem bereits früher vom Landesausschuss berathenen Gesetz, betreffend die Kreise, trennt der neu vorliegende Entwurf die Bestimmungen über Kreisstrafen und Gemeindeverwage ab und überlässt dieselben einem besonderen Gesetz, wie es in der früheren Sitzung des Landesausschusses gewünscht worden war. Ob damit nun die Kreisordnung allein dem Landesausschuss schmackhafter geworden ist, muss sich erst noch zeigen. Einzutreten haben sich in der Presse einzelne Neuverfassungen vernehmen lassen, welche der Annahme nicht günstig sind, so lange man die Befugnisse der Kreise vermehre und daneben die Bezirke bestehen lasse. Es lässt sich gar nicht in Abrede stellen, dass darin viel Wahres ist. Die abergläubische Furcht vor der Species der Verwaltungsbürokratie, die den Namen Kreisdirector trägt, hat möglicherweise zu dieser ablehnenden Haltung mit beigetragen, obwohl sie eben so lächerlich als abergläubisch ist; sicher aber trägt dazu bei die Unwissenheit, in der man sich zur Zeit über die Ziele der Verwaltungsumgestaltung überhaupt befindet. Es ist wohl möglich, dass die bevorstehenden Verhandlungen darüber erst die erwünschte Aufklärung bringen. Schwierig ist die Sache jedenfalls, da die geographische Lage der einzelnen Kreise es mehrfach erschwert, wirtschaftliche Einheiten in den Kreisen zu bilden; giebt es doch unter ihnen solche, die vom Rheinufer an quer durch das Land bis an den Kamm der Vogesen reichen und so den verschiedensten Ansprüchen genügen sollen. Wahrscheinlich auch nicht sehr erwünscht kommt der Vorschlag eines Expropriationsgesetzes. Wenn man so am Alten hängt wie hier, gesteht man sich nur ungern die Notwendigkeit einer Änderung ein, und doch haben die großen Entwicklungen um Straßburg herum klar gezeigt, dass die Expropriationsjury in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung viel zu schwere Aufgaben findet. Selbst den besten Willen einer richtigen Schätzung vorausgesetzt, können die Leute sich nicht freihalten von dem Druck des allgemeinen Vorurtheils. Die Unterhaltung der höheren Schulen wird im Wesentlichen so geregelt, dass das Land sämmtliche persönliche, die Gemeinde die sachlichen Ausgaben zu tragen hat. Der Entwurf für den gebau endlich regelt mit mehr Einheit das bisher in den Beziehungen verschiedene Verfahren. Die Session bringt also Arbeit genug, auch schwierige Arbeit, wenn eben so die Gefahren einer rein negativen Haltung wie andererseits sachliche Schwierigkeiten vermieden werden sollen.

Provinzial-Bericht.

Breslau, 8. Juli. Angelommen: Se. Durchl. Fürst v. Sachsen auf Schloss Trachenberg.

* [Personalien.] Bestätigt die Vocation für den bisherigen Lehrer Girard in Rothwasser, zum Lehrer an den städtischen Schulen in Liegnitz, für den bisherigen Hilfslehrer Christ in Hennersdorf, Kreis Lauban, zum Lehrer, Küster und Organisten an der katholischen Schule und Kirche zu Groß-Liezen, Kreis Grünberg. Außerdem ist dem Pastor Breitschwerdt in Giebmendorf, Kreis Böhlenbain, das Rektorat über die Schulen in der Parochie Wernerndorf interimistisch und dem Pastor Stürmer in Kauffung das Rektorat über die beiden Ortschulen dasselbe vorläufig widerruflich übertragen worden. — Bestätigt: die Vocation für den bisherigen Hilfslehrer in Spremberg zum Pfarrer der evangelischen Kirchengemeinde in Kauffung, Kreis Schönau. Der Candidat des höheren Schulamtes Dr. Bordelle zum ordentlichen Lehrer an dem evangelischen Gymnasium in Glogau und der Candidat des höheren Schulamtes Dr. Schulz zum ordentlichen Lehrer an dem Gymnasium zu Hirschberg ernannt.

C. [Allgemeine Studenten-Versammlung.] Vorigen Freitag, den 5. d. Nachmittag 5 Uhr, fand in der Universität eine allgem. Studentenversammlung statt, welche das Comité für die studentische Kaiseradress einberufen hatte, um über seine Thätigkeit Bericht zu erstatten und Rechnung zu legen. Wir theilen hierüber folgende Notizen mit: Am 8. v. M. ist die Adresse, wie bereits bekannt, mit 757 Unterschriften bedeckt, Sr. Kaiserl. Majestät durch die Post übermittelt worden. Von einer Überreichung zu Händen Sr. Kaiserl. Königl. Hoheit des Kronprinzen hat das Comité absehen zu sollen geglaubt, da man nicht hoffen konnte, höchstpersönlich werde eine Audienz hierfür gewähren können, zumal der Empfang einer Deputation der Leidiger Studenten schon vorher abgelehnt worden war. — Das jedoch in allerhöchsten Kreisen die Adresse unserer hiesigen Studenten wohlwollende Anerkennung gefunden hat, ist aus der ausführlichen Beschreibung und der wörtlichen Wiedergabe des Textes der „Deutschen Reichs- und preuß. Staatsanzeiger“ zu erkennen. — Freilich hätten wir gewünscht, dass nicht nur %, sondern alle hiesigen Studenten sich zu diesem patriotischen Zweck vereinigt hätten. Manche Comitonen haben vielleicht nicht rechtzeitig von dem Unternehmen Kenntniß erhalten, da wegen der Prüfungsergebnisse die Unterschriftenbogen nur 2½ Tage ausliegen konnten. Nach Beitreten aller Kosten blieb von den eingetragenen Beiträgen noch ein Überschuss von 23 Mark 90 Pf. übrig, welchen die Versammlung den Hinterbliebenen der bei Folgestone verunglückten Seeleute und Marine-Soldaten zuwendung beschloß. Diejenigen Comitonen, welche bis zum Schluss der Thätigkeit des Comités mit ihren Beiträgen (à 70 Pf.) im Rückstande geblieben sind, werden erachtet, denselben nunmede selbst dem angegebenen Zweck zuzuladen zu lassen. Nach einem mit stürmischer Begeisterung aufgenommenen dreimaligen Hoch auf den hoffentlich erwarteten Zeit wieder vollständig genehmigten Kaiser Wilhelm wurde dem Kaiserl. Deborga ertheilt. Mit Befriedigung wollen wir übrigens noch die folgende Thatsache constatiren. Auf den Anschlagnen des Comités am „Schwarzen Brett“ der Universität hatten sich wiederholtermaßen, oft recht alberne Bemerkungen gefunden, welche darauf berechnet schienen, das Comité zu verdächtigen und in der allgemeinen Achtung herabzusezen. Trotz der energischen Aufforderung an jene Anonyme, ihre Anschlagnen offen vor der Studentenversammlung zu vertreten, wagte es doch keiner derselben, öffentlich aufzutreten. Zu anonymen Recht unter seiner und der Würde der Studentenversammlung, auf jene feigen, anonymen Verdächtigungen seinerseits näher einzugehen. Wie haben dies Factum ganz besonders deshalb speziell hervor, weil unbegreiflicher Weise jene böswilligen Verleumdungen sogar den Weg ins Publikum gefunden haben. — Dem Comité gebührt für die viele Mühe und uneigennützige Aufforderung, die es dem patriotischen Unternehmen gewidmet hat, der Dank der Studentenschaft.

* [Über den telegraphisch bereits gemeldeten Unglücksfall in Glogau] berichtet der dortige „Niederschlesischen Anzeiger“ unter 6. Juli: Heute, am letzten Schieftage des Niederschlesischen Fußartillerie-Regiments Nr. 5 aus Posen, ist die 4. Compagnie des genannten Regiments auf dem Schießplatz bei Lerchenberg von einem

beibrabenden Unglücksfall betroffen worden. Bei dem heute Vormittag stattgefundenen Schießen trepirte eine 15 Centimeter-Großkugel vor dem Einsetzen in das Rohr und tödete zwei Mann (Wähnelt und Pietrowski) und verwundete schwer einen Unteroffizier (Sierat) und zwei Mann (Großmann und Stein). Leicht wurden verunstet Herr Hauptmann Brennecke, ein Unteroffizier und zwei Mann. Die sofort eingeleitete Untersuchung wird wohl ergeben, aus welcher Veranlassung die Granate trepirte.

B. [Socialdemokratische Versammlung.] Während erst gestern Nachmittag 4 Uhr in der neuen „Socialdemokraten-Herberge“ zum „Oceana-Bad“ eine „Wähler-Versammlung“ behufs Entgegennahme der Candidaten-Nominen der Herren Krämer und Reinders stattfand, ist für heut Abend schon wieder eine „Wähler-Versammlung“ in das genannte Local berufen. Die Tages-Ordnung lautet „Reichstagswahlen“.

[Ausliegen der Wählerlisten.] Wir machen darauf aufmerksam, dass dieselbe nur noch bis inkl. Mittwoch stattfindet, und fordern alle liberalen Wähler auf, sich innerhalb dieses Zeitraumes zu überzeugen, ob sie in die Listen eingetragen. Wir bedürfen aller Stimmen, um den verschiedenen Gegnern gewachsen zu sein. Möge deshalb keine durch Nachlässigkeit verloren gehen.

H. Breslau, 8. Juli. [Der Vorstand und Ausschuss des Schlesischen Provinzial-Verbandes der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung] hat einen Aufruf erlassen, in welchem er an alle, welchen die gelehrte und friedliche Entwicklung unseres Vaterlandes, das einträchtige Arbeiten sämlicher Klassen der Bevölkerung am Fortschritt der Cultur, die Erhaltung guter Sitte und geläuterter Gefühle am Herzen liegt, die Bitte richtet, ihn durch thätige Beteiligung an seinen Werbungen und durch Zeichnung von Beiträgen fortan wirksam zu unterstützen. Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, an deren Spitze Dr. Schulze-Delitzsch steht und die gegenwärtig 19 Zweigvereine mit zusammen 311 corporativen und 832 persönlichen Mitgliedern zählt, versucht den Zweck: „Der Bevölkerung, welcher durch die Elementarschulen im Kindesalter nur die Grundlagen der Bildung zugänglich gemacht werden, dauernd Bildungsstoff und Bildungsmittel zu führen, um sie in höherem Grade zu beschäfigen, ihre Aufgaben im Staate, in Gemeinde und Gesellschaft zu verleben und zu erfüllen.“ — Der schlesische Verband und die 77 Localvereine, welche sich ihm angeschlossen haben, waren bisher eifrig bemüht, durch Errichtung von Fortbildungsschulen, Veranstaltung von Vorträgen und Entsendung von Wanderlehrern, Anlage von ständigen und Wander-Bibliotheken, darunter einige Soldaten-Bibliotheken, Vorbereitung geeigneter Schriften, Vorführung lehrender Bilder durch ein Scopionion die ihm gestellten Ziele zu erreichen. Ein in der Bildung begriffenes Volks-Museum soll ihn hierbei in Zukunft unterstützen. Der Höhe seiner Aufgabe und den in unserer Provinz besonders großen Schwierigkeiten gegenüber, welche seinen Bestrebungen entgegenstehen, ist die persönliche und pecuniäre Unterstützung, welche er bis jetzt gefunden, eine viel zu gering. Wer mithilf will an der großen Aufgabe, alle Deutschen zu einer Gemeinschaft zu bilden, die in allen ihren Gliedern getrieben und belebt werde durch dieselbe Liebe zu Kaiser und Vaterland, Arbeit, Bildung und Gestaltung, der werde Mitglied der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung. Mitglied können sowohl Vereine als einzelne Personen durch Zahlung eines jährlichen Beitrages von mindestens 6 Mark werden. Sämtliche Mitglieder erhalten das Organ der Gesellschaft „Der Bildungs-Verein“ gratis und franco zugesandt. Anmeldungen sind an den Kassier, L. Mugdan, Breslau, Nicolaistadtsgraben 3b, zu richten. — Der gegenwärtige Vorstand und Ausschuss des Schlesischen Provinzial-Verbandes besteht aus den Herren Dr. Bauch, Bauer, Redakteur, Dr. Beblo, Gymnasiallehrer, Graf Bethyf-Huc, Landtags-Abgeordneter (Bautzen), Dr. Carstädt, Rector, v. Fordenbed, Oberbürgermeister, Sanitätsrat Dr. Holze, Landtags-Abgeordneter (Kattowitz), Geh. Reg.-Rath Jacobi, Landtags-Abgeordneter (Liegnitz), Löbner, Buchhändler, Dr. Th. Körner, prakt. Arzt, Dr. Lewald, Stadt- und Vorsteher, Mugdan, Kaufmann, Müller, Apotheker, Briebsch, Buchhändler, Dr. Reich, prakt. Arzt (Döls), Rödelis, Oberturnlehrer, Dr. Röppell, Professor, i.S.d. Kreis-Gerichtsrath (Landesh.), Dr. S. Steinig, prakt. Arzt, Dr. Wanjura, prakt. Arzt (Antonienhütte), Wehlau, Kaufmann und Stadtverordneter.

+++ Berlin, 5. Juli. [Verurtheilung wegen Majestätsbeleidigung.] Die vor Kurzem wegen Majestätsbeleidigung verhaftete Witwe Bräuer aus Langenhof ist laut Mittheilung am 2. d. M. von dem Kreisgericht zu Döls wegen des vorbereiteten Verbrechens zu 3 Jahren Gefängnis verurtheilt worden. — Am 3. Juli, Nachmittags 2½ Uhr, wurde die freiwillige Feuerwehr durch Alarmsignal zusammenberufen. Der Ruf galt jedoch nicht der Bekämpfung eines wirklichen Feuers, sondern eines singulären im Hause des Fleischersmeisters Lehmann, wohin schleunigst abgerückt wurde. Bald waren alle Mannschaften der Feuerwehr in vollster Thätigkeit. Nach Verlauf einer halben Stunde wurde hier die Übung geschlossen und an dem Raboth'schen Hause an der Westseite des Marktes fortgesetzt. Sämtliche Leistungen wurden mit Schnelligkeit und Gewandtheit ausgeführt und konnten nach einer reichlichen Stunde die General-Uebung, durch welche sämtliche Zuschauer vollständig befriedigt waren, beendigt werden. Da gleichzeitig für denselben Tag das Stiftungsfest des Feuerwehr-Vereins anberaumt war, so sammelten sich nach Verlauf einer Stunde die Mannschaften abermals am Spritzenhause und erfolgte präzise 5 Uhr unter Musikbegleitung der Ausmarsch nach dem städtischen Bergungslösungslocal „Harmonie“, dessen Veranda mit Kränzen und Fahnen geschmückt und wo bereits ein zahlreiches Publikum anwesend war. Nach kurzer Rast betrat Herr Brandmeister C. Scheurich die Veranda und hielt eine kurze, aber gediegene Ansprache an die Anwesenden. Er schloss mit einem dreifachen kräftigen Hoch auf den Verein, in das Alle freudig einstimmten. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Stadtverordneten-Vorsteher R. Scheurich, gedachte sodann der Sistar des Vereins, der beiden Herren Trauttmann und drückte den städtischen Behörden ein dreifaches kräftiges Hoch, dem lebhafte begeistert wurde. Herr Colonnenführer Thiel forderte in kurzen aber kernigen Worten zu einem Hoch auf den Vorstand, den Brandmeister u. a. auf. Das Vereinsmitglied, Herr Kreisgerichts-Bureau-Vorsteher Kolbe, verlas sodann einen von ihm gedichten, sinnreichen Prolog und folgten demselben eine Anzahl humoristischer Vorträge der Herren August, Schubert, Günther, Dierbach und Moche; daran schlossen sich fünf ganz vorzüglich dargestellte lebende Bilder mit bengalischer Beleuchtung, welche sämmtlich mit großem Beifall belobt wurden. Ein donnerndes dreifaches Hoch ertönte in Folge der Aufforderung des Brandmeisters-Selbstireters Herrn Hößl unterm hochstehenden Kaisers zu Ehren. Das fast zum Volkstfest gewordene Stiftungsfest der Feuerwehr endete erst spät mit dem Rückmarsch in die Stadt.

♀ Neisse, 7. Juli. [Zur Wahlbewegung.] Vorigen Freitag fand hier eine Versammlung von reichsfreundlichen Wählern statt, welche den Landrat des Neisser Kreises, Freiherrn v. Seherr-Thoss, als Reichstags-candidat aufgestellt haben. Der Herr Landrat entwidete in dieser Versammlung sein Programm, welches von derselben mit lebhaften Zeichen der Zustimmung aufgenommen wurde. Die ultramontane Partei lädt es natürlich an Aufführung für ihren Candidaten, Stiftsrath Horn nicht fehlen, wobei sie — selbstverständlich unter der wunderbaren Devise: „Für Freiheit, Wahrheit und Recht“ — auch auf das beliebte Mittel der Verächtigung des Gegners nicht verzichtet.

+ Budissin bei Natiborhammer, 5. Juli. [Einweihung.] Am 1. d. Mis. wurde das hiesige, zu zwei Dritteln vom Staate erbaute neue Schulgebäude seiner Bestimmung übergeben. Nach 9 Uhr bewegte sich der fahnende Zug vom alten Schulbau, unter den Klängen der Muß, auf dem reid mit Blumen und Birkencräfern verzierten Dorfwege entlang dem neuen Schulgebäude zu. Vor demselben wurde von den Kindern das Lied: „Dem Kaiser sei mein erstes Lied“ gesungen. Darauf eröffnete Herr Kreis-Schul-Inspector Schwarzer nach einem Gebet die Hauptthür des Gebäudes und die Kinder mit ihrem Lehrer an der Spize hielten ihren Zug in dasselbe. In dem grösseren der beiden Klassenzimmer erfolgte nun die Aufstellung der Schüler, und nachdem diese das Lied: „Was ist das kostlichste auf dieser Welt“ abgesungen, begann Herr Epirofessor Krause aus Slawau den kirchlichen Weibeactus, der von einer Anrede an die Schulkinder und die zahlreich erschienenen Gemeindemitglieder in polnischer Sprache begleitet war und welche mit einem Hoch auf den Herzog von Natibor, als den Patron der Schule, idolo. An den die Schule leitenden Lehrer Schmidt hielt der geistliche Herr eine deutsche Ansprache. Nachdem er dem betreffenden Lehrer durch Handschlag das Versprechen abgenommen, seinen Pflichten gegen die Schule, den Staat und die Kirche treu und gewissenhaft nachzukommen, ergriff Herr Kreis-Schul-Inspector Schwarzer nochmals das Wort, um ebenfalls der Gemeinde, und zwar im Namen der Regierung zu danken, dass sie die Ofer nicht geschenkt, die den Aufbau dieser Schule bedingen. Die Kinder und den Lehrer ermahnte er, ihrer Pflichten stets eingedenkt zu sein und sprach den Wunsch aus, dass besonders die wahre Religion, die deutsche Sprache und Liebe und Anhänglichkeit zum Kaiserhause ihr Heim in diesem

hause finden möge. Mit einem Hoch auf unsern allernächsten Kaiser und König schloss seine Rede, und nach Absingung eines Liedes wurden von den älteren Schulkindern einige Gedichte vorgetragen. Zum Schluss wurde die Nationalhymne mit Begleitung der Musik von allen Anwesenden gesungen. Nachdem nun die Jugend einen kleinen Imbiss im Schulhof erhalten und einige Freilüftungen mit Musik ausgeführt worden waren, vergnügten sich die Kleinen noch einige Stunden unter Aufsicht ihres Lehrers in einem der geräumigen Klassenlocale.

X. Leobschütz, 6. Juli. [Regierung-Präsident Freiherr von Quadt. — General Tümpeling. — Ober-Präsident von Puttkamer. — Majestätsbeleidigung. — Zu den Majestäten.] Am 3. d. M. beeindruckte der Regierung-Präsident zu Oppeln, Freiherr von Quadt, unsere Stadt mit seinem Besuch. Derselbe kam von Neustadt O.-S., wo er aus Anlass des Thierschaufestes tags vorher eingetroffen war. In dem Hotel „Zum deutschen Hause“ erfolgte die Vorstellung der Spiken der Stadt und des Kreises, sowie der königlichen Beamten. Demnächst begab sich der hohe Guest nach dem Rathause, um sich die städtischen Behörden, welche sich im großen Saale in corpore versammelt hatten, vorstellen zu lassen. Vorher inspizierte er die vor dem Rathause aufgestellte „Freiwillige Feuerwehr.“ Später nahm derselbe das neue Kreis-Verwaltungs-Gebäude in Augen. Nachmittags fand in dem erwählten Hotel ein Diner statt, an welchem die königlichen, die Beamten des Kreises, der Stadt, sowie die zur Besichtigung der hiesigen Escadron hier anwesenden Militärs Theil nahmen. — Zur Inspektion waren am Dienstag hier eingetroffen der commandirende General des VI. Armeecorps, General der Cavallerie von Tümpeling, der Commandeur der 12. Division, General-Lieutenant Prinz Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen, der Brigade-Commandeur, Oberst v. Knoblock, und der Commandeur des 2. Schles. Husaren-Regiments Nr. 6, Oberstleutnant Köhler, nebst den Adjutanten. Mittags fand die Inspektion statt. An der Tafel sahen wir noch die Commissions-Mitglieder des Ober-Ersatz-Geschäfts, welches am 3. und den folgenden Tagen hier abgehalten wurde. — Am 9. d. M. wird der Stadt die Ehre eines Besuchs Seitens des Ober-Präsidenten der Provinz, Herrn v. Puttkamer, zu Theil. Derselbe trifft von Neustadt O.-S. kommend, hier mit dem ersten Frühjahr ein und beginnt sich bald nach seiner Ankunft nach dem hiesigen Gymnasium, um einigen Unterrichtsstunden beizuhören und die Antalt zu besichtigen. Da der hohe Guest noch an demselben Tage unsere Stadt wieder verlässt, so wird am 9. d. der Unterricht am Gymnasium schon um 7 Uhr Vormittags eröffnet und kommt der Gymnasial-Gottesdienst in Wegfall. Später beabsichtigt der Herr Ober-Präsident im neuen Kreis-Verwaltungs-Gebäude die Kreistags-Abgeordneten und den Kreis-Ausschuss, sowie die königlichen Beamten sich vorstellen zu lassen und behufs Vorstellung der städtischen Behörden nächst das Rathaus zu besuchen, von wo aus er noch einige städtische Anstalten zu besuchen gedacht. — Vor einigen Tagen wurde ein hiesiger Arbeiter wegen Majestätsbeleidigung verhaftet. Gestern vor acht Tagen fragte der Birthschaus-Inspector Herrde in Gläsen bei dem Ober-Präsidenten von Schlesien an, ob der Verdigung seiner Mutter in Odersch, einer Kirchgemeinde, wo zur Zeit die katholische Pfarrei unbefestigt ist, durch einen Geistlichen aus einer benachbarten Pfarr-Gemeinde erfolgen könne. Hierauf erhielt der Fragesteller folgendes Telegramm:

„Einzige geistliche Amtshandlungen in Notfällen hier nicht als strafbar angesehen.“

Breslau, 26. Juni 1878.

Der Ober-Präsident v. Puttkamer.

Unter Vorzeigung dieses Telegramms wandte sich der Inspector H. an den Rath. Pfarrer in Böllsch und ersuchte ihn, die Beerdigung seiner Mutter in Odersch vorzunehmen. Dieser lehnte jedoch ab, in Folge dessen die Beerdigung durch den Lehrer Namilo in Odersch vollzogen wurde.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Berlin, 7. Juli, Vorm. 10 Uhr. Bei gutem Allgemeinbefinden St. Majestät des Kaisers und Königs ist heute auch am rechten Arm der Verband fortgelassen worden.

Dr. v. Lauer. v. Langenbeck. Dr. Wilms. Berlin, 6. Juli. Es verlautet, die für die Zuweisung Batums an Russland geforderten Kantaten bestanden in der Forderung der Freihafenstellung und der Schleifung der Festungswerke. In der gestrigen Congreßsitzung lehnten die türkischen Delegirten zunächst die Anforderungen des Congresses bezüglich der Rectification der griechischen Grenzen ab. Als sie dann darauf hingewiesen wurden, dass die Pforte während des griechischen Aufstandes selbst solche Maßregeln vorgeschlagen hätte, erklärten sie, ohne Instructionen zu sein.

Dresden, 6. Juli. Wie die „Dresdner Zeitung“ meldet, hat der Staatsminister a. D. v. Friesen die ihm von den Conservativen und Nationalliberalen angetragene Reichstagskandidatur für Dresden-Alstadt angenommen.

Wien, 7. Juli. Die heutige „Wiener Zeitung“ bringt ein kaiserliches Handschreiben an den Ministerpräsidenten Fürst Auersperg. Dasselbe behält sich die Beschlussfassung bezüglich der Demission des Cabinets vor, enthebt Lasser von der Leitung des Ministeriums des Innern und beauftragt Auersperg mit der Leitung derselben bis zur kaiserlichen Verfügung über die Demission des Cabinets. Ein kaiserliches Handschreiben an Lasser enthebt auf Bedauern derselben auf eigenes Ansuchen vom Amt des Ministers des Innern, genehmigt eine Übernahme in den zeitlichen Ruhestand, behält sich eine Wiederverwendung vor, verleiht derselben das Großkreuz des Stefansordens und beruft derselbe als lebenslängliches Mitglied in das Herrenhaus.

Wien, 6. Juli. Die „Politi. Corresp.“ meldet aus Bulaest: Der unter Vorsitz des Fürsten stattgehabte Ministerrat hat beschlossen, die Rückkehr des Ministerpräsidenten Bratiano abzuwarten und erst auf Grund des von demselben zu erstattenden Berichts definitive Entscheidungen zu treffen. Die Gerüchte von einer bevorstehenden Abdication des Fürsten sind vorläufig grundlos.

Paris, 8. Juli. „Tempo“ zufolge erfolgt die Emission der neuen dreiprozentigen, amortis

set, aus Batum einen im Wesentlichen für den Handel bestimmten Hafen zu machen. Die „Agence Russie“ glaubt noch verstellern zu können, daß in der Sonnabendssitzung von einer Schließung der Feuerungswege nicht die Rede gewesen sei.

Konstantinopel, 6. Juli. Zwei englische Panzerschiffe sind in den Gewässern von Cypern eingetroffen. Die Abreise des englischen Botschafts-Sekretärs Baring nach Kreta ist verschoben worden.

Kraqujewas, 6. Juli. Die Skujschina ist heute eröffnet worden. Dieselbe wählte heute die Mitglieder des Verstärkungs-Ausschusses. Morgen folgt die Konstituierung und die Präsidentenwahl; sodann wird die Thronrede des Fürsten verlesen werden.

Triest, 6. Juli. Der Lloydampfer „Progreso“ ist mit der ostindischen Ueberlandpost heute Vormittag aus Alexandria hier eingetroffen:

Berlin, 6. Juli. Spiritus loco „ohne Fäß“ 53,2 M. bez., per April-Mai 52,5—52 M. bez., per Juli 52,3—52,2 M. bez., per Juli-August 52,3 bis 52,2 M. bez., per August-September 52,8—52,5—52,6 M. bez., per September-October 52,1—51,9 Markt bez., per October-November 50,6—50,4 Markt bez., per November-December — Markt. bez. Gel. 20,000 Liter. Ründigungspreis 52,3 Markt.

z Dreslau, 8. Juli, 9% Uhr Vorm. Am heutigen Martte war der Geschäftsverkehr im Allgemeinen lebhafter, bei stärkerem Angebot Preise gut preishaltend.

Weizen, zu notirten Preisen mehr Kauflust, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 17,40 bis 19,20—20,30 Markt, gelber 16,90—18,30 bis 19,60 Markt, kleinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in fester Haltung, pr. 100 Kilogr. 11,40 bis 12,40 bis 13,10 Markt, kleinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erste schwache Kauflust, pr. 100 Kilogr. neue 12,00—13,00 Markt weise 14,00—14,70 Markt.

Hafer gut behauptet, pr. 100 Kilogr. neuer 11,20 bis 12,00—12,70 bis 13,80 Markt.

Mais in fester Haltung, pr. 100 Kilogr. 11,20—12,20—13,00 Markt.

Erbsamen unverändert pr. 100 Kilogr. 13,10—14,00—16,50 Markt.

Bohnen ohne Angebot, pr. 100 Kilogr. 19,00—19,50 bis 20,00 Markt.

Zupinen schwache Kauflust, pr. 100 Kilogr. gelbe 9,10—10,30 bis 11,00 Markt, blaue 8,80—9,80—10,30 Markt.

Widen unverändert, pr. 100 Kilogr. 9,80—10,50—11,20 Markt.

Haferaten gute Kauflust.

Schlaglein in ruhiger Haltung.

Pro 100 Kilogramm netto in Markt und Pf.

Schlag-Leinsaat

Winterrapss 28 50 27 — 25 50

Winterrüben 28 — 26 50 25 —

Sommerrüben

Leindotter

Rapsfrüchten unverändert, pr. 50 Kilogr. 7,20—7,40 Markt, September-October 7,20 Markt.

Leinluchen unverändert, pr. 50 Kilogr. 8,70—9,20 Markt.

Kleesamen nominell, rother pr. 50 Kilogr. 32—42—47—52 Markt, weißer pr. 50 Kilogr. 40—48—57—65—70 Markt, hochreiner über Notiz.

Zymothoe nominell, pr. 50 Kilogr. 15—19—20,50 Markt.

Weiz ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 28,50—30,00 Markt, Roggen fein 20,25—21,25 Markt, Haubaden 18,75—19,75 Markt.

Roggeng-Futtermehl 9,25—10,00 Markt, Weizenfleie 7,60—8,40 Markt.

Heu 2,00—2,40 Markt pr. 50 Kilogr.

Roggensstroh 16,00—18,50 Markt pr. Scheit & 600 Kilogr.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. L. B.) Paris, 6. Juli, Abends. Boulevard-Bericht. 3% Renten 77,05, Neuere Anl. de 1872 115,25, Türken 1865 15,20, Staatsbahn — Neue Cäpfer 280,00, Banque ottomane 451,25, Italiener 76,55, Chemins d'Egyptiens — österl. Goldrente 66%, ungar. Goldrente 80%, Spanier exter. —, do. inter. —, neuere Russen de 1877 87%, Türkenlooge 55,00. Fest.

Frankfurt a. M., 6. Juli, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course] Londoner Wechsel 20, 39. Pariser Wechsel 81, 06. Wiener Wechsel 174, 20. Böhmisches Westbahn 154%. Eisenbahn 154%. Galizien 220%. Krausenj. 233%. Lombarden 68%. Nordwestbahn 10%. Silberente 58%. Papierenre 58%. Goldrente 65%. Ungar. Goldrente 81. Stakener —. Russ. Bodencredit 76%. Russen 1872 85. Neue russisch. Anleihe 85. Amerikaner 1885 99%. 1860er Rose 116. 1864er Rose 266, 20. Creditanl. 229%. Defferr. Nationalbank 736, 00. Darmst. Bank 121%. Weininger Bank 84. Hess. Ludwigsbahn 74%. Ungarisch. Staatsloose 184, 00. do. Schatzanweisungen, alte, 102. do. Schatzanweisungen, neue, 98. do. Österreichische Obligationen 67%. Central-Pacific 103%. Reichsbahn 155%. Deutsche Reichsanleihe 96. — Sehr fest, belebt.

Nach Schlüß der Börse: Creditanl. 230, Franzosen 234%, Lombarden —, Galizien —, 1860er Rose —, ungarische Goldrente —, neueste Russen —, österl. Goldrente —, Nationalbank —.

* der mediu resp. vor ultimo.

Hamburg, 6. Juli, Nachmittags. [Schluß-Course] Hamburgen St. P. 115%. Silberrente 58%, Goldrente 65%. Credit-Action 230%, 1860er Rose 116. Franzosen 586, Lombarden 173, Italien. Rente 77, Neuere Russen 85%, Vereinsk. 123%, Laurahütte 78%, Commerzbahn 104%, Norddeutsche 145, Anglo-deutsche 39, Intern. Bank 82%, Amerikaner de 1885 97%, Köln-Minden. St.-A. 104%, Rhein. Eisenb. do. 110%, Berg. Markt. do. 76%, Discos 3% v. —. Schlüß sehr fest.

Hamburg, 6. Juli, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, auf Termin fest. Roggen loco ruhig, auf Termin fest. Weizen pr. Juli-August 189 Br., 188 Gd., pr. Septbr.-Oktbr. 197 Br., 196 Gd. Roggen pr. Juli-August 126% Br., 125% Gd., pr. September-October 131 Br., 130 Gd. Hafer ruhig. Gerste flau. Käbel fest, loco 66%, pr. October 66. Spiritus still, pr. Juli 40% Br., pr. August-September 41% Br., pr. September-October 42% Br., pr. October-November 41% Br. Kaffee fast geschäftlos, Umsatz 1000 Sad. Petroleum ruhig, Standard white loco 10, 60 Br., 10, 50 Gd., pr. Juli 10, 50 Gd., pr. August-Dechr. 11, 10 Gd. — Wetter: Regnerisch.

Hamburg, 7. Juli, Nachm. [Privatverkehr.] Silberrente 58%, Goldrente 66%, Papierrente 56%, 1860er Rose 116%, Lombarden 172, Creditanl. 232%, Franzosen 592, Rheinische Bahn 110%, Bergisch-Märkische Bahn 76%, Köln-Mündener 105%, Anglo-Deutsche Bahn 39%, Russen de 1877 86%. Sehr animirt.

Liverpool, 6. Juli, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Wuhmäßiger Umsatz 8000 Ballen. Fest. Tagesimport 14,000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 6. Juli, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 8000 B., davon für Speculation und Export 1000 B. Stetig, auf Zeit fest.

Hest, 6. Juli, Vorm. 11 Uhr. [Produktenmarkt.] Weizen loco ruhig, Termin ruhiger, vor Herbst 10, 05 Gd., 10, 10 Br. Hafer pr. Juli 6, 05 Gd., 6, 08 Br. Mais, Banan, pr. Juli —. Wetter: Kalt, stürmisch.

Paris, 6. Juli, Nachm. [Produktenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen steigend, pr. Juli 28, 50, pr. August 28, 25, pr. Septbr.-Oktbr. 28, 00, pr. Septbr.-Dechr. 28, 00. — Mehl steigend, pr. Juli 62, 25, pr. August 62, 00, pr. September-October 61, 75, pr. September-December 61, 50. Käbel behauptet, pr. Juli 92, 00, pr. August 91, 50, pr. September-December 91, 50, vor Januar-April 90, 75. — Spiritus ruhig, pr. Juli 58, 25, pr. September-Dechr. —, —. Wetter: Schön.

Paris, 6. Juli, Nachm. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. Juli pr. 100 Kgr. 57, 50, Nr. 5 7/8 pr. Juli pr. 100 Kilogr. 63, 75. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 pr. 100 Kilogramm pr. Juli 66, 25, pr. August 66, 00, pr. Septbr.-Dechr. 62, 50.

London, 6. Juli, Nachm. Habannazuder billiger.

Antwerpen, 6. Juli, Nachmittags. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen flau. Hafer still. Gerste unverändert.

Antwerpen, 6. Juli, Nachmittags 4 u. 30 M. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Gasflamme, Höhe weiß, loco 25% bez. u. Br., pr. August 26% Br., pr. September 27 Br., pr. September-December 27% Br. —

Bremen, 6. Juli, Nachm. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standart white loco 10, 60, pr. August 10, 60, pr. September 10, 75, pr. October 10, 85, pr. November 11, 00.

Bon der „Deutschen Handwerker-Bibliothek“ ist soeben ein neuer Band erschienen. Zwölf Bände, natürlich solche, welche historischen Aufgaben haben, werden in ihrem Lebenslauf von der geistreichen Feder Schmidt-Weifensels begleitet. Die Abenheim'sche Verlagsbuchhandlung in Stuttgart hat diese Bibliothek hübsch ausgestattet.

Berliner Börse vom 6. Juli 1878.

Fonds- und Gold-Cours.

Deutsche Reichs-Anl.	97,20 bz
Consolidierte Anleihe	105,10 bz
do. do. 1878	93,90 bz
Staats-Anleihe	25,10 bz
Staats-Schuldscheine	92,40 bz
Präm.-Anleihe v. 1865	142,40 etbzB
Berliner Stadt-Oblig.	102,50 bz
Berliner	102,10 bz
Pommersche	84,20 bz
do. do.	85,30 bz
do. do.	103,20 bzG
do. Lndsch.Crd.	41/2
Posenische neu	95,50 G
Schlesische	86,10 G
Landschaft. Central	94,90 bz
Kur. u. Neumark	85,80 bz
Pommersche	96,90 bz
Posenische	95,49 bz
Preussische	25,40 bz
Westfäl. u. Rhein.	97,70 bz
Sächsische	96,80 bz
Aachen-Mastricht	1/2
Borg.-Märkisch.	31/2
Berlin-Anhalt	55/4
Berlin-Hannov.	9
Berlin-Görlitz	0
Berlin-Hamburg	11
Erol.-Potsd.-Magdeburg	31/2
Berlin-Stettin	71/10
Bohm. Westbahn	5
Breslau-Freib.	21/2
Cöln-Minden	51/2
Dux-Budisch.B.	1
Gal. Carl-Ludw.B.	9
Halle-Sorau-Gub.	0
Hannover-Altenb.	0
Kronpr. Budisch.B.	5
Ludwigs.-Betz.	9
Mark.-Posener	4
Magdeb.-Halberst.	8
Mainz-Ludwigsb.	5
Niederschl.-Mark.	4
Oberschl. A. C.D.E.	81/2
Oberschl. A. C.D.E.	81/2
Oesterr.-Fr. St. R.	6
Oest. Nordwestb.	4
Oest.Süd.(Lomb.)	6
Ostpreuss. Süd.	0
Rechte-O. U. B.	61/2
Reichenberg-Pard.	0
Thüring.-Lit. A.	41/2
Warschau-Wien.	89/4

Wechsel-Cours.

Amsterdam	100 Fl.	8 T. 21/2	168,83 bz
do. do.	do.	2 M. 31/2	167,93 bz
London 1 Lstr.	do.	3 M. 31/2	26,235 bz
Paris 100 Frs.	do.	8 T. 2	81,93 bz
Petersburg 100 SB.	do.	8 T. 6	213,23 bz
Warschau 100 SB.	do.	8 T. 6	2,42 bz
Wien 100 Fl.	do.	8 T. 41/2	174,05 bz
do. do.	do.	2 M. 41/2	172,75 bz

Eisenbahn-Stamm-Aktionen

Divid. pro	1878	1877	1878
Aachen-Mastricht	1	1/2	4
Borg.-Märkisch.	31/2	31/2	76,75 bz
Berlin-Anhalt	4	55/4	99,50 bz
Berlin-Hannov.	9	0	13,00 bz
Berlin-Görlitz	0	4	19,50 bzG
Berlin-Hamburg	11	11/2	184,90 bz
Erol.-Potsd.-Magde			